

Energiekrise: lsb h begrüßt Beschluss der Sportminister
und kritisiert den Bund

„Wichtiges Signal“: Sportstätten sollen offen bleiben

Der Landessportbund Hessen (lsb h) begrüßt den Beschluss der Sportministerkonferenz (SMK), die den organisierten Sport in der Energiekrise stärkt und sich deutlich gegen die Schließung von Sportstätten ausspricht. Dass sich die Länder am vergangenen Dienstag erstmals zum Thema „Energiekrise und organisierter Sport“ positioniert haben, wertet lsb h-Präsidentin Juliane Kuhlmann als „wichtiges Signal“. Durch diesen Beschluss würdigten die Länder „die Leistungen der Sportvereine, die besonders in Krisenzeiten eine zentrale Rolle einnehmen“. Dass sich gesellschaftliche und gesundheitliche Probleme verschärfen würden, wenn Sportmöglichkeiten eingeschränkt werden, sei eine zentrale Lehre aus der Corona-Pandemie, so Kuhlmann weiter. „Es wurden Fehler gemacht, die sich nicht wiederholen dürfen. Sport trägt maßgeblich zur Stabilität unserer Gesellschaft bei – deshalb ist es so wichtig, dass die Sportstätten offen bleiben“, betont die hessische Sportchefin.


In den nächsten Tagen werde sich der lsb h im Rahmen eines Online-Meetings ein Bild davon machen, wie sich angesichts explodierender Energiekosten die Lage an der Vereinsbasis darstelle. „Anfang September werden wir uns dann im Präsidium intensiv mit dem Thema befassen, die Gesamtsituation bewerten und uns umfassend positionieren“, blickt Kuhlmann voraus. In ihrem Beschluss begrüßt die SMK den Stufenplan des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zur Reduzierung des Energie- und Gasverbrauchs in Schwimmbädern. Zu den darin beschriebenen Maßnahmen zählt u. a. die Absenkung von Temperaturen. Schwimmbäder, so die SMK, sollen offen bleiben, „um insbesondere Kindern und Jugendlichen das Erlernen des Schwimmens zu ermöglichen“. lsb h-Hauptgeschäftsführer Andreas Klages: „Mit diesem Beschluss wird endlich ein abwägender Dialog angestoßen, den wir jetzt unbedingt brauchen“, unterstreicht Klages. „Die politischen Signale der vergangenen Wochen haben uns sehr irritiert, weil Sport wie ein Komfortbereich behandelt wurde.“ Der Hauptgeschäftsführer erinnert diesbezüglich an eine Empfehlung des Deutschen Städtetages, der in einem Schreiben an die Kommunen die Schließung von Hallenbädern als „zentrale Maßnahme“ zur Energieeinsparung bezeichnet hatte. Dass der Kasseler Oberbürgermeister davon sprach, dass Sporthallen ab Herbst vornehmlich als „Wärmeinseln“ oder Geflüchtetenunterkünfte gebraucht werden würden, sei ein weiteres Beispiel dafür, dass die gesellschaftliche Bedeutung des Sports oft verkannt werde.

Landessportbund Hessen e.V.


Kommunikation und Marketing
Otto-Fleck-Schneise 4
60528 Frankfurt


Fon 069 6789-262
Fax 069 6789-300

oeffentlichkeit@lsbh.de

 www.landessportbund-hessen.de

 www.facebook.com/lsbh

 www.twitter.com/lsb_hessen

 www.instagram.com/lsb_hessen

Unsere Premiumpartner



PRESSE.INFORMATION



„Das ist leider auch auf Bundesebene der Fall“, legt Klages den Finger in die Wunde. Und führt erläuternd aus: „In den politischen Debatten dominieren Beiträge zu ökonomischen Folgen und zur Auswirkung steigender Energiepreise auf einzelne Bevölkerungsgruppen. Sportvereine und gemeinnützige Organisationen sowie ihre gesellschaftspolitische Bedeutung spielen aktuell nur eine nachgeordnete Rolle.“ Dass Sportvereine in Debatten über Hilfsprogramme bislang unberücksichtigt blieben, ärgert den Lsb h-Hauptgeschäftsführer zusätzlich. Die Bundesregierung bekenne sich einerseits zu einem notwendigen Ausbau der Sportstättenförderung, schweige aber in Krisenzeiten und stelle auch noch ihr Investitionspakt Sportstätten vorzeitig ein. „Das ist ein grobes Foulspiel“, sagt Klages. Auch Lsb h-Präsidentin Kuhlmann kritisiert diese Entscheidung: „Die Rolle rückwärts des Bundes beim Investitionspakt kommt zur Unzeit und zerstört Vertrauen.“ Bundesregierung und Bundestag, so Kuhlmann weiter, sollten sich darauf besinnen, die Bedeutung der Vereine für Lebensqualität, Gemeinsinn, Zusammenhalt und Resilienz der Gesellschaft positiv zu würdigen.

„Vereine müssen, wie auch Kommunen, durch Infrastruktur-Förderprogramme und Hilfen zur Bewältigung der Energiepreissteigerungen aktiv unterstützt werden“, betont Kuhlmann, die den Beschluss zur Gasumlage ohne gleichzeitige Festlegungen für Entlastungen für einen politischen Fehler hält. Deshalb begrüße der Lsb h die an den Bund gerichtete Forderung der SMK, bei künftigen Finanzhilfen auch die Betreiber von Sportstätten und somit auch Sportvereine zu berücksichtigen. „Neben Kommunen sind vor allem Vereine Sportstätteneigentümer. In anderen Bundesländern ist das nicht anders“, unterstreicht Klages. „Insofern ist es nicht nachvollziehbar, wenn der organisierte Sport hier keine umfassende Unterstützung bekommt. Entsprechende Hilfsprogramme des Bundes für Vereine und Kommunen sollten über die Länder abgewickelt werden.“ Gleichwohl nimmt Klages bei der Bewältigung der Krise auch die Vereine in die Pflicht: „Alle gesellschaftlichen Bereiche müssen, wie bereits während der Corona-Krise, Verantwortung übernehmen. Deshalb rufen wir alle Vereine nochmals dazu auf, möglichst viel Energie einzusparen und sich dabei an den Empfehlungen des Deutschen Olympischen Sportbundes zu orientieren.“

Landessportbund Hessen e.V.

Kommunikation und Marketing
Otto-Fleck-Schneise 4
60528 Frankfurt

Fon 069 6789-262
Fax 069 6789-300

oeffentlichkeit@lsbh.de



www.landessportbund-hessen.de



www.facebook.com/lsbh



www.twitter.com/lsb_hessen



www.instagram.com/lsb_hessen

Unsere Premiumpartner

